

Antrag 5/I/2021

Juso-LV Niedersachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Drogenkonsument*innen entkriminalisieren

1 Durch die derzeitige Drogenpolitik werden Konsument*innen in Deutschland stigmatisiert und in die Straf-
2 fälligkeit gedrängt, Jobverlust und soziale Abwärtsspirale sind häufig die Folge. Seitdem Portugal seine libe-
3 rale Drogenpolitik eingeführt hat, ist die Anzahl an Konsument*innen, insbesondere bei jungen Menschen,
4 zurückgegangen. Es gibt deutlich weniger Drogentote und Konsument*innen begeben sich schneller in the-
5 rapeutische Einrichtungen.

6 Entsprechend diesem Beispiel fordern wir:

- 7 • Die Entkriminalisierung von Konsument*innen jeglicher Drogen. Zu jeder Droge wird eine Menge an
8 Eigenbedarf festgelegt.
- 9 • Nach dem Vorbild Portugals ist der Besitz von Drogen in Eigenbedarfsmenge keine Straftat, sondern
10 nur eine Ordnungswidrigkeit.
- 11 • Werden Personen mit geringen Mengen einer Droge gefasst, müssen sie ein Gespräch mit einer So-
12 zialarbeiter*in, einer Psycholog*in und einer Jurist*in führen, in dem der Konsum analysiert wird. Erst
13 bei wiederholtem Nachweis von Drogenbesitz werden ein Bußgeld oder Sozialstunden fällig.

14 Die Polizei wird entlastet und hat mehr Kapazitäten für den Kampf gegen den Drogenhandel und die Ver-
15 folgung von Drogendealern.

16

Begründung

18 Derzeit bedeutet Drogenkonsum in Deutschland oftmals eine kaum aufzuhaltende Abwärtsspirale: Dro-
19 genkonsument*innen machen sich durch den Besitz von Drogen – auch von geringen Mengen, die nur für
20 den Eigenbedarf gedacht sind - strafbar. Spätestens wenn sie dabei gefasst werden, beginnt der soziale
21 Abstieg. Strafverfahren werden eingeleitet, in deren Zuge viele Konsument*innen ins Gefängnis wandern
22 und ihren Job verlieren. Gefängnisstrafen bedeuten allenfalls eine „Drogenpause“, um nach der Entlassung
23 umso tiefer in die Abhängigkeit zu geraten.

24 Die Kriminalisierung von Drogen bedeutet keinen Schutz, sondern vielmehr das soziale Abseits. Es ist an
25 der Zeit diese Politik zu überdenken und umzudenken. Das Beispiel Portugals zeigt, dass eine liberale Dro-
26 genpolitik keinesfalls eine steigende Zahl von Drogenkonsument*innen bedeutet, sondern weniger und für
27 die Betroffenen ein Leben in größerer Menschenwürde.

28

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Material an den Landesvorstand